

privater und öffentlicher Sammlungen, von Museen und Galerien interessiert, kommt um sie nicht herum. Provenienzforschung schließt die Untersuchung des historischen Kontextes in seiner ganzen Breite ein. Der Zertifikatslehrgang Provenienzforschung schließt eine Lücke, bislang gibt es in Deutschland keine Aus- oder Fortbildung für dieses Gebiet.«

In seinem Grußwort zum Programmheft schreibt der (ehrenamtliche) Präsident der Stiftung Uwe M. Schneede:

»Das Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Herkunft der Werke in unseren öffentlichen Sammlungen genau zu erkunden, ist in den letzten Jahren vielleicht unerwartet, aber historisch zwangsläufig gewachsen. Mittlerweile

recherchiert man nicht nur in den großen Kunstmuseen, auch in kleineren und in Museen aller Sparten wird ein Herkunftsnachweis relevant. Das NS-Raubgut wird stets die Hauptsache bleiben, aber es kommen neue Felder hinzu: die Enteignungen in SBZ und DDR wollen erforscht werden, ebenso die Wege und der Verbleib kriegsbedingt verlagerten Kulturguts (Beutekunst) nach Russland oder in die Ukraine und in andere Länder (vice versa). Gar nicht zu reden von den Objekten aus deutscher Kolonialzeit.

Folglich brauchen wir künftig viele weitere Provenienzforscherinnen und -forscher auf allen Ebenen, für alle Fächer. Die Weiterbildungsinitiative der Freien Universität Berlin ist – zumal angesichts des Praxisbezugs und der Beteiligung der besten Fachleute – ein vorbildlicher Anfang.

Hannoverscher Appell 2002

Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Deutschland und den Niederlanden waren 2002 der Einladung zu einem ganztägigen Symposium in den Räumen des Niedersächsischen Landtages gefolgt. Als ein Ergebnis der Tagung wurde von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Symposiums der Hannoversche Appell verabschiedet.

Hannoverscher Appell des Symposiums Jüdischer Buchbesitz als Beutegut, einer gemeinsamen Veranstaltung des Niedersächsischen Landtages und der Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover

NS-verfolgungsbedingt entzogenes Bibliotheksgut befindet sich in noch unbekanntem Umfang in deutschen Bibliotheken. Die Bundesregierung, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände haben mit ihrer Gemeinsamen Erklärung vom Dezember 1999 die deutschen Bibliotheken aufgefordert, nach diesem Raubgut in ihren Beständen zu suchen, hierüber zu berichten und die Bücher an die rechtmäßigen Erben zurückzugeben.

Die Umsetzung dieser Aufforderung betrachten wir als dringende Aufgabe der Bibliotheken, der Bibliotheksverbände, der bibliothekarischen Ausbildungsstätten und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums appellieren deshalb an die Verantwortlichen des deutschen Bibliothekswesens:

• Unterstützen Sie die Suche nach Raubgut in unseren Bibliotheken; bündeln Sie vorhandene lokale Aktivitäten und vernetzen Sie die Sucharbeit; bilden Sie ein überregionales Arbeitsgremium, das die historische Forschung koordiniert.

• Nutzen Sie hierfür die Erfahrungen und die Kompetenz, die in den Forschungen nach jüdischem Raubgut vor allem in

der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen und der Universitätsbibliothek Marburg gesammelt wurden, sowie die Informationsangebote der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste in Magdeburg.

• Werben Sie gezielt Fördermittel ein für die Erforschung und öffentliche Vermittlung dieses wichtigen Vorhabens. Überzeugen Sie Ihre Unterhaltsträger von der kulturpolitischen Bedeutung der Ermittlung von Raubgut jüdischer Provenienz und den Möglichkeiten der Restitution.

• Die bibliothekarischen Ausbildungsstätten sind dringend aufgefordert, die Bibliotheksgeschichte, insbesondere auch die Zeit des Nationalsozialismus, in ihre Curricula aufzunehmen.

• Sorgen Sie für eine Berichterstattung über die Ergebnisse Ihrer Recherchen in der Öffentlichkeit, z. B. mit Ausstellungen wie die in Hannover gezeigte Ausstellung »Seligmanns Bücher«.

Für die ca. 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Symposiums Jüdischer Buchbesitz als Beutegut

Prof. Rolf Wernstedt, Präsident des Niedersächsischen Landtages

Prof. Dr. h. c. Klaus-Dieter Lehmann, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Dr. Georg Ruppelt, Direktor der Niedersächsischen Landesbibliothek.

Die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, der kurz nach dem Appell zu seiner letzten Sitzung dieser Wahlperiode zusammentrat, unterstützten den Antrag des Landtagspräsidenten auf Zustimmung zum Hannoverschen Appell einstimmig.